

Zur Geschichte des Nahostkonfliktes

von Ludwig Watzal

1. Von der zionistischen Besiedelung bis zur Staatsgründung Israels

Der Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist der älteste Regionalkonflikt in der internationalen Politik. Dieser Konflikt begann nicht erst mit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967, sondern mit dem zionistischen Machtanspruch und in dessen Folge der „zionistischen Landnahme“ (Dan Diner) in Palästina am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Zionismus, der bis heute die Staatsräson Israels bildet, ist eine Form des Nationalismus, der zur selben Zeit wie andere Nationalismen entstand und von diesen beeinflusst wurde. Er kann nur im Zusammenhang mit dem Imperialismus und Kolonialismus am Ende des 19. Jahrhunderts angemessen gewürdigt werden. Auf dem ersten Zionistenkongress 1897 in Basel wurde quasi das nationalistisch-politische Programm für einen „Judenstaat“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Idee eines eigenen Staates wurde erstmals von Moses Hess 1862 formuliert. Allgemein hin gilt aber Theodor Herzl als der „Vater des Zionismus“.

Der Zionismus kann auch nur adäquat gewürdigt werden, wenn man seine Opfer, die Palästinenser, mit berücksichtigt. Denn mit der Umsetzung der Idee des Zionismus begann auch die Tragödie des palästinensischen Volkes. Die zionistische Nationalbewegung entstand just zu dem Zeitpunkt als sich der westliche Kolonialismus anschickte, die Welt in Einflussphären aufzuteilen. Beide gingen eine Verbindung ein. Insbesondere der britische Imperialismus unterstützte die Zionisten in ihrem Verlangen, in Palästina eine

„Heimstätte“ zu errichten, weil er seine Herrschaft im arabischen Raum gegenüber den anderen Kolonialmächten konsolidieren wollte. Ein weiteres gemeinsames Anliegen dieser Allianz war die Spaltung des arabischen Raumes. Wenn sich die zionistische Bewegung und der europäische Kolonialismus in vielem ähnelten, so gab es doch auch einen fundamentalen Unterschied: War die „Mission“ der Kolonialisten, den vermeintlich kulturell unterentwickelten Völkern die Segnungen der westlichen Kultur zu bringen, so galt dies nicht für die zionistische Bewegung. Ihre Motivation war anders gelagert. Sie streben die Gründung eines Staates auf Kosten eines anderen Volkes an.

Bis heute wird die Frage diskutiert, ob Herzl oder den anderen zionistischen Vertretern die Existenz der Araber nicht bekannt war oder sie für irrelevant erachtet wurden. Agierten Herzl und seine Unterstützer in einem politischen Vakuum? Dass das Problem Herzl und anderen unbekannt war, kann heute wohl niemand mehr behaupten. Es war wohl eher eine Kombination von kultureller Überheblichkeit, Ignoranz und Zeitgeist, die eine unselige Allianz eingingen. Der politische Slogan von Israel Zangwill „Ein Land ohne Volk, für ein Volk ohne Land“ traf ganz den expansionistischen Zeitgeist der Epoche. Er sollte eine der zionistischen Geschichtsmythen sein, die bis heute tradiert werden.

Nach Aussagen führender Vertreter der zionistischen Bewegung gab es keinen Zweifel, was mit der einheimischen Bevölkerung geschehen sollte. Israel Zangwill stellte sich vor, „die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt“. Auch die Idee eines

Transfers wurde bereits schon von Herzl in seinem Tagebuch vorgeschlagen. „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurück verkauft wird ihnen nichts.“ Dass die zionistische Bewegung nicht mit lauterer Motiven in Palästina siedeln wollte, zeigt die Aussage David Ben Gurions, dem ersten Ministerpräsidenten Israels schon im Jahre 1937: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner ... Wenn man sagt, dass Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt ... Palästina muss und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.“ Die Absicht des Zionismus zielte also von Beginn an nicht auf die Teilung des Landes mit der einheimischen Bevölkerung, sondern stellte die arabische Präsenz generell in Frage.

Ohne die Hilfe einer Großmacht wäre die zionistische Bewegung nicht erfolgreich gewesen. Ein entscheidendes Dokument war die Erklärung von Lord Arthur James Balfour an Lord Walter Lionel Rothschild aus dem Jahre 1917. Sie war der Freibrief zur Schaffung eines jüdischen Staates, obwohl sie vom Standpunkt des Völkerrechts ohne Belang war. Es war eine einseitige Sympathieerklärung der britischen Regierung. „Lieber Lord Rothschild, ich habe die große Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-

zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurde. 'Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles zu fördern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, das nichts geschieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht jüdischen Gemeinschaft oder den Rechten und dem politischen Status der Juden in anderen Ländern Abbruch tun könnte'. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten."

Diese Erklärung suggerierte, dass es in Palästina eine überwiegend jüdische Bevölkerung und einige unbedeutende Minoritäten gebe. Diese unbedeutende Minorität (90 Prozent) lebte ununterbrochen seit 1300 Jahren in Palästina und besaß 97 Prozent des Landes. Die britische Regierung hatte keinerlei Recht, das Schicksal der einheimischen Bevölkerung zur Disposition zu stellen. Dies wäre aber nicht so schlimm gewesen, wenn man das Recht auf Selbstbestimmung, das für andere „befreite Gebiete“ galt, auch für Palästina beachtet hätte. Dies geschah nicht zufällig, sondern bewusst: „In Palästina schlagen wir noch nicht einmal vor, die Wünsche der augenblicklichen Bewohner auch nur in Betracht zu ziehen ... Die vier Großmächte sind dem Zionismus verpflichtet. Mag der Zionismus richtig oder falsch, gut oder schlecht sein, er ist verwurzelt in einer langen Tradition, in den augenblicklichen Notwendigkeiten, in zukünftigen Hoffnungen, die von größerer Wichtigkeit sind als die Wünsche und die Nachteile von 700 000 Arabern, die zur Zeit in diesem historischen Land leben“, so Lord Balfour in einem Memorandum vom 11. August 1919 an seine Kabinettskollegen.

Ernsthaft haben weder jüdische Siedler noch die britische Besatzungsmacht jemals den Versuch unternommen, zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Arabern zu kommen oder deren Rechte auf einen eigenen Staat einzulösen. Dass man ihre Interessen hätte berücksichtigen sollen, zeigt der Brief des Schriftstellers Hans Kohn an Martin Buber von 1929: „Wir sind zwölf Jahre in Palästina, ohne auch nur einmal ernstlich den Versuch gemacht zu haben, uns um die Zustimmung des Volkes zu kümmern, mit dem Volk zu ver-

handeln, das im Land wohnt. Wir haben uns ausschließlich auf die Militärmacht Großbritanniens verlassen. Wir haben Ziele aufgestellt, die notwendigerweise und in sich selbst zu Konflikten mit den Arabern führen mussten und von denen wir uns sagen müssten, dass sie Anlass, und zwar berechtigter Anlass zu einem nationalen Aufstand gegen uns sind."

Dieser sollte auch nicht lange auf sich warten lassen. Bei dem ersten Pogrom 1929 in Hebron wurden die dort lebenden Juden fast

vollständig umgebracht. Aus Angst vor der beeindruckenden und gleichzeitig furchterregenden Entwicklung des jüdischen Yishuv (vorstaatliche Besiedlung Palästinas) kam es im Sommer 1936 zum Aufstand der Araber sowohl gegen die Mandatsmacht als auch gegen die zionistischen Siedler. Vorher hatte es immer wieder kleinere Zwischenfälle mit Toten gegeben. Die Palästinenser sahen bereits, dass die zionistische Kolonisierung des Landes allein zu ihren Lasten gehen würde. Der arabische Antizionismus machte sich 1936 somit erstmals gewaltsam Luft.



Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Kampfeinheiten und einheitlicher palästinensischer Bevölkerung auf der einen Seite und der Kampf gegen die britische Mandatsmacht auf der anderen gerieten außer Kontrolle, so dass die Briten bereit waren, ihr vom Völkerbund erteiltes Mandat abzugeben. Als Palästina kurz vor einem Bürgerkrieg stand, wandten sich die Briten im Februar 1947 an die Vereinten Nationen. Am 29. November 1947 verabschiedete die

neuer kolonialer Versuch, gegen den Willen eines anderen Volkes, einen Staat auf dessen Territorium zu etablieren. Die gesamte arabische Welt lehnte den Teilungsplan aus verständlichen Gründen ab, weil er das Recht der Palästinenser auf das ganze Land in Frage stellte und einen unschätzbaren Verlust an Rechten, Eigentum sowie politischen und sozialen Einrichtungen bedeutete. Die Araber bewerteten die jüdischen Ansprüche auf Palästina als rechtswidrige Inbesitznahme,

Angesichts der Kampfhandlungen zog die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Teilungsplan weniger als sechs Monate nach seiner Annahme wieder zurück und unterbreitete einen Alternativvorschlag, der den Aufruf zu einer vorübergehenden Treuhänderschaft über das ungeteilte Palästina enthielt. Die Araber nahmen diesen Vorschlag an, die Zionisten lehnten ihn auf das Heftigste ab. Eine Sondersitzung der Versammlung wurde einberufen, um den Teilungsplan noch



Har Homa Settlement im Oktober 2002

Generalversammlung der Vereinten Nationen Resolution Nr. 194, in der Palästina zwischen Arabern, die 90 Prozent des Landes besaßen, und Juden geteilt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Palästina 1 365 000 Araber und 710 000 Juden. Auch ohne den Holocaust hätte es folglich einen jüdischen Staat gegeben. Aber gerade dieses Faktum trug dem zionistischen Bestreben, einen Staat zu gründen, viel Sympathien ein. Das Ausmaß der Nazi-Verbrechen und die Fluchtbewegungen aus Europa beschleunigten zweifellos den Staatswerdungsprozess.

Man sollte aber die massive Unterstützung der Briten und der USA nicht unberücksichtigt lassen. Der Kampf der jüdischen Untergrundbewegungen war sowohl ein Antikolonialkrieg gegen die Briten als auch ein er-

als eine Form des Kolonialismus, die der ursprünglichen Bevölkerung ihr Recht auf einen Nationalstaat absprach. Dafür zeigte auch David Ben Gurion Verständnis, wie Nahum Goldmann berichtet: „Wieso sollten denn die Araber Frieden schließen? Wenn ich arabischer Führer wäre, ich würde nie ein solches Abkommen mit Israel unterzeichnen. Das ist doch ganz normal: wir haben ihr Land genommen. Sicher, Gott hat es uns versprochen, aber wie kann sie das interessieren? Unser Gott ist nicht der ihre ... Sie sehen nur eins: Wir sind gekommen und haben ihr Land geraubt. Warum sollten sie das hinnehmen?“ Die Palästinenser befürchteten, dieser Teilungsplan transformiere das „Judenproblem“ und den damit einhergehenden westeuropäischen Antisemitismus in den Nahen Osten.

einmal in Erwägung zu ziehen. Während dieser Zeit nahmen die Zionisten die Sache selber in die Hand. Während die Briten ihr Mandat beendeten, besetzten sie Stadt um Stadt. Die Bevölkerung floh entweder vor Schrecken oder wurde gewaltsam vertrieben. Dabei besetzten die zionistischen Streitkräfte nicht nur die Teile, die für einen jüdischen Staat vorgesehen waren. Bis Mitte Mai 1948 hatten zirka 300 000 Araber das Land verlassen, ohne das auch nur ein einziger arabischer Soldat aus den Nachbarstaaten Palästina betreten hatte.

Es entstanden drei separate Gebiete: Israel, die Westbank und der Gaza-Streifen. Das historische Jerusalem kam unter arabische Herrschaft, während der Westteil dem jüdischen

Staat eingegliedert wurde. Palästina wurde also nicht gemäß dem Plan der UNO geteilt. Als David Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel ausrief, waren sechs Prozent des gesamten Landes jüdischer Grundbesitz. Durch widerrechtliche Aneignung besaß Israel 77 Prozent der Gesamtfläche Palästinas, also 21 Prozent mehr, als der UN-Teilungsplan vorsah. Die Zionisten akzeptierten den Teilungsplan. Fortan argumentierten sie, die palästinensischen Araber hätten ihr Recht auf irgendeinen Teil des Ganzen eingebüßt, da sie sich weigerten, sich mit der Hälfte Palästinas zufriedenzugeben. Diplomatische Anerkennung und massive ökonomische Unterstützung trugen zur Legitimation des neuen Staates bei.

In jüngster Zeit ist es um die Staatsgründung Israels zu heftigen Kontroversen gekommen. Seit der Öffnung der Archive in den achtziger Jahren hinterfragen jüngere Historiker immer öfter die offizielle Geschichtsdoktrin über die Staatswerdung, die sich zwischen 1948 und 1952 herausbildete. Neben Benny Morris hat insbesondere Simcha Flapan die offizielle israelische Geschichtsinterpretation in Frage gestellt. Er bewertete den „Plan D“ nicht als politischen Plan zur Vertreibung der Araber, sondern schien überzeugt, dass diese lediglich aus Sicherheitsgründen vertrieben worden seien. So wird von offizieller israelischer Seite immer wieder folgende Argumente vorgetragen:

- Das Einverständnis der zionistischen Bewegung mit der UN-Teilungsresolution vom November 1947 stellte einen einschneidenden Kompromiss dar, mit dem die zionistischen Juden ihre Vorstellungen von einem sich über ganz Palästina erstreckenden jüdischen Staat aufgaben und den Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkannten. Israel war zu diesem Opfer bereit, weil es die Voraussetzung dafür war, dass die Resolution in friedlicher Zusammenarbeit mit den Palästinensern verwirklicht werden konnte. Dagegen behauptet Flapan, die Zustimmung zum Teilungsplan durch die Zionisten sei nur ein taktisches Zugeständnis im Rahmen einer unveränderten Gesamtstrategie gewesen. Sie zielte zum einen darauf ab, die Schaffung eines selbständigen Staates für die Palästinenser zu hintertreiben. Deshalb schloß Ben Gurion ein Geheimabkommen mit König Abdallah von Transjordanien, der mit der Annektierung des für die Palästinenser vorgesehenen Gebietes den ersten Schritt in Rich-

tung auf sein erträumtes großsyrisches Reich zu tun glaubte. Und zum anderen sollte durch diese Strategie das von der UNO für den jüdischen Staat ausgewiesene Territorium ausgeweitet werden.

- Die arabischen Palästinenser lehnten eine Teilung Palästinas rundweg ab und folgten dem Aufruf des Mufti von Jerusalem, dem jüdischen Staat den totalen Krieg zu erklären; dies zwang die Juden, sich auf eine militärische Lösung einzulassen.

Flapan meint, dass die arabischen Palästinenser die Teilung Palästinas ablehnten, sei nur die halbe Wahrheit. Der Mufti habe den Teilungsplan fanatisch bekämpft, doch die Mehrheit der Palästinenser sei seinem Aufruf zum „Heiligen Krieg“ gegen Israel zunächst nicht gefolgt. Im Gegenteil: Viele palästinensische Notablen und Gruppen bemühten sich, einen Modus vivendi mit dem neuen Staat zu finden. Erst der entschiedene Widerstand Ben Gurions gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates trieb die Palästinenser ganz auf die Seite des Mufti. Die Anzahl der Kämpfer war aber nicht sehr groß, und sie waren in Umfang, Ausrüstung und Ausbildung den Hagana-Truppen weit unterlegen.

- Sowohl vor als auch nach der israelischen Staatsgründung folgten die Palästinenser einem Aufruf der arabischen Führung, das Land vorübergehend zu verlassen, um mit den siegreichen Armeen zurückzukehren. Die jüdische Führung bemühte sich vergeblich, sie zum Bleiben zu bewegen.

Dagegen behauptet Flapan, die israelischen Politiker hätten die Palästinenser aus ihren Städten und Dörfern vertrieben. Während Morris dafür Sicherheitsgründe anführt, erklären Flapan den Transfer aus der zionistischen Ideologie heraus. Das Ziel der zionistischen Bewegung sei es gewesen, einen „jüdischen Staat“ zu schaffen. Dazu bedurfte es der Vertreibung der Einwohner. Bereits 1938 sagte Ben Gurion auf einer Sitzung seiner Partei: „Ich bin für die zwangsweise Aussiedlung. Ich sehe nichts Unmoralisches darin.“

- Alle arabischen Staaten hatten sich am 15. Mai 1948 vereint, um in Palästina einzumarschieren, den neuentstandenen jüdischen Staat zu vernichten und dessen jüdische Bewohner zu vertreiben.

Die arabischen Staaten wollten in erster Linie das Abkommens zwischen der provisorischen jüdischen Regierung und König Abdallah verhindern. Sie marschierten erst nach

der Ausrufung des Staates Israel und nach dem Ende des Britischen Mandats in Palästina ein, um ihren arabischen Freunden zur Hilfe zu kommen. Es war nicht ihre Absicht, Israel zu zerstören. So befahl die jordanische Regierung dem General, der die jordanischen Truppen führte, nicht in jüdisches Gebiet einzumarschieren.

- Dieser arabische Einmarsch – unter Verstoß gegen die UN-Teilungsresolution – machte den Krieg von 1948 unvermeidlich.

Auch der Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten sei nach Flapan nicht unvermeidlich gewesen. Die Araber hätten einem in letzter Minute vorgelegten amerikanischen Vorschlag zugestimmt, der einen dreimonatigen Waffenstillstand unter der Bedingung vorsah, dass Israel seine Unabhängigkeitserklärung zeitweilig aufschiebe. Die provisorische israelische Regierung lehnte den amerikanischen Vorschlag mit sechs zu vier Stimmen ab.

- Das kleine Israel stand dem Angriff der arabischen Streitkräfte gegenüber wie weiland David dem Riesen Goliath: ein zahlenmäßig weit unterlegenes, schlecht bewaffnetes Volk, das Gefahr lief, von einer übermächtigen Militärmaschinerie zerquetscht zu werden.

Der Vergleich von David und Goliath gehöre ins Reich der Legenden. Ben Gurion räumte ein, dass der eigentliche Selbstverteidigungskrieg nur vier Wochen dauerte, bis zum Waffenstillstand vom 11. Juni. Danach trafen umfangreiche Waffenlieferungen in Israel ein. Die besser ausgebildeten und erfahreneren israelischen Truppen erlangten damit eine waffentechnische Überlegenheit zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

- Israel hat seine Hand immer zum Friedensschluss ausgestreckt, aber kein arabischer Führer hat je das Existenzrecht Israels anerkannt; somit gab es niemanden, mit dem man Friedensgespräche hätte führen können. Ebenfalls nicht korrekt: In den Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1952 wies Israel zahlreiche von arabischen Staaten und neutralen Vermittlern unterbreitete Vorschläge zurück, die zu einer Friedensregelung hätten führen können.

Diese offizielle Geschichtsinterpretation bildet die Essenz des israelischen Staatsverständnisses und begründet den Mythos, den die „neuen Historiker“ entzaubern wollen, um

der historischen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Bis zum Waffenstillstand von 1949 waren 750 000 Palästinenser geflohen. Die Vereinten Nationen verabschiedeten mehrere Resolutionen zur Rückführung der Flüchtlinge, aber die Israelis verweigerten ihnen die Rückkehr. Sie leben bis heute in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Gaza, Syrien, Libanon, der Westbank und in der Diaspora. Von 550 verlassenen palästinensischen Orten, wurden bis auf 121 alle zerstört, auch die Friedhöfe. Man wollte jegliche Erinnerung an eine palästinensische Geschichte auslöschen. Im kollektiven Gedächtnis der Palästinenser haben sich diese Ereignisse als „Katastrophe“ etabliert. Durch die jordanische Annexion der Westbank und Ost-Jerusalems im Jahre 1949 schritt die Desintegration der Palästinenser weiter fort. Der Gaza-Streifen kam unter ägyptische Verwaltung.

2. Der Kampf der Palästinenser um einen eigenen Staat

Wie bereits erwähnt, führten die „zionistische Landnahme“ und in deren Folge die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Juden und palästinensischen Arabern zu deren Massenvertreibung. Die Vereinten Nationen versorgten die Flüchtlinge durch die UNRWA. Die Anliegen dieser Flüchtlinge gerieten aber bald in Vergessenheit. Erst mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) am 16. Juni 1964 in Kairo wurden die Interessen der Palästinenser wieder ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Dazu trug auch der Sechstagekrieg vom Juni 1967 und der sich anschließende Widerstand der Palästinenser bei. Der Kampf der PLO gegen Israel war von Anfang an von einer gewissen Kompromisslosigkeit gekennzeichnet. Es war eine Art „Nullsummenspiel“, bei dem der Gewinn des einen zu Lasten des anderen ging. Grundlage dieser Konfrontationsstrategie war die Palästinensische Nationalcharta von 1968, in der die PLO dem Staat Israel das Existenzrecht in Palästina absprach. Bis zu ihrer Vertreibung im Jahre 1982 aus dem Libanon verfolgte die PLO dieses Ziel hauptsächlich durch die Strategie des „bewaffneten Kampfes“. Terroranschläge gegen

Israel, jüdische Einrichtungen außerhalb des Landes sowie Juden sowohl im Nahen Osten als auch in anderen Ländern, so auch in Deutschland (während der Olympischen Spiele 1972 in München; die Entführung der Luft-hansa Maschine „Landshut“ nach Mogadischu), sollten das „zionistische Gebilde“ zum Verschwinden bringen. Neben der Terrorlinie verfolgte die PLO auch die diplomatische Schiene. Am 13. November 1974 sprach Arafat vor der UN-Vollversammlung. Zu diesem Zweck musste die Weltorganisation eigens nach Genf umziehen, da Arafat von den USA keine Einreiseerlaubnis nach New York erhielt. Dies war ein diplomatischer Erfolg, denn die USA und Israel hatten das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ei-

nen eigenen Staat generell abgelehnt. Beide Staaten votierten schon deshalb gegen die PLO, weil sie das Symbol des palästinensischen Nationalismus war. Von diesem Zeitpunkt an hat sich der Palästinensische Nationalrat, das Exil-Parlament der Palästinenser, mit einer Teilstaatenlösung für Palästina abgefunden. Dennoch erlaubten mehr als 120 Staaten der PLO, Büros zu eröffnen. Die Strategie von Terror und Diplomatie schien Früchte zu tragen. Am 7. August 1981 nahm die Arabische Liga mit überwältigender Mehrheit den Plan des saudi-arabischen Königs Fahd an, „Land gegen Frieden“ zu tauschen.

Spätestens seit der Vertreibung der PLO aus dem Libanon 1982 war auch dem letzten Pa-



Jerusalem - Altstadt

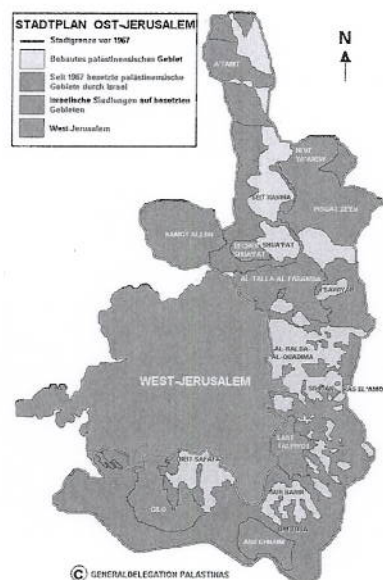
lätinenser klar, dass die Lösung des Konfliktes nur in einer Zweistaatenlösung liegen konnte, da ein binationaler Staat, wie vernünftig und „preiswert“ er auch wäre, für Israel nicht in Frage käme. Auch nach ihrer Exilierung aus Beirut war das erklärte Ziel der PLO die Befreiung Palästinas. Die USA und Israel deklarierten dies als puren Terrorismus. Eine solche propagandistische Interpretation hatte mit der politischen Realität nichts mehr zu tun, doch die Weltöffentlichkeit nahm sie dankbar auf. Nach der Libanoninvasion gelang es der Regierung Begin, alle darauf folgende Widerstandsakte als Terrorismus zu diskriminieren, was in den USA dankbar aufgenommen wurde. Niemand kam auf die Idee, die massive Gewalt des israelischen Staates gegen unbeteiligte Zivilisten im Libanon oder den besetzten Gebieten auch nur zu verurteilen, geschweige denn, ihn „Terror“ zu nennen.

Viele Beobachter, insbesondere im Westen sahen in der PLO über Jahrzehnte bloß eine Terrororganisation. Für die Palästinenser ist sie aber eine nationale Befreiungsbewegung. Sie wollte die in viele Länder zerstreuten Palästinenser zusammenführen, was auch gelang. Die PLO wurde zur institutionellen Verkörperung des palästinensischen Nationalismus und Selbstbewusstseins. Dieses Selbstbewusstsein bekam einen enormen Aufschwung durch die Schlacht bei Karameh – einem jordanischen Dorf – im März 1968. Damals fügten die Palästinenser den Israelis im Kampf schwere Verluste zu. 124 Fedajin (Die sich selbst aufopfern) und 32 israelische Soldaten wurden getötet. Dieser „psychologische Sieg“ hatte interne und organisatorische Konsequenzen. So musste am 24. Dezember 1968 Achmed Shukairi als Vorsitzender zurücktreten. Vorübergehend übernahm Jahija Hammuda den Vorsitz des Exekutivkomitees, im Februar 1969 wurde er von Yassir Arafat als Vorsitzender abgelöst.

Bis Mitte der siebziger Jahre konnte Israel das Image einer „liberalen Besatzungsmacht“ in der Öffentlichkeit aufrechterhalten. Die Politik von Verteidigungsminister Moshe Dayan zielte darauf ab, den Menschen, soweit es möglich war, die Fortsetzung ihres früheren Lebens zu gestatten. Reibungen und Konflikte sollten möglichst vermieden werden. Jeder Widerstand wurde auf das schärfste unterdrückt. Man sollte die Besetzung spüren, aber nicht sehen. Dayans Politik schien aufzugehen. Bis Mitte der siebziger Jahre gab

es keinen nennenswerten Widerstand in den palästinensischen Zentren. Auch war die ökonomische Situation zufriedenstellend, und die wenigen jüdischen Siedlungen waren weitab. Mit der Regierungsübernahme durch den Likud-Block änderte sich nicht nur der Stil der Besetzung, sondern auch die Stimmung der Bevölkerung.

Die Politik der Nichteinmischung wurde zugunsten einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie aufgegeben, d. h. Nationalisten wurden bestraft, Kooperationswillige belohnt. Die palästinensischen Selbstverwaltungsstrukturen wurden systematisch zerschlagen. Die Erniedrigungen, Demütigungen und Repression durch die Israelis waren die Ursache für



die im 9. Dezember 1987 ausgebrochene Intifada (Abschüttelung), des Aufstandes der Palästinenser gegen die israelische Besetzung.

Die Intifada war kein ferngesteuertes Unternehmen aus Tunis oder Damaskus. Die PLO und alle internationalen Experten sind von ihr überrascht worden. Sie begann als spontane Reaktion eines unterdrückten Volkes. Ursachen waren die Not, die Angst vor Deportationen, Landenteignungen, aggressives Siedlerverhalten, die Verzweiflung über den Lagerkrieg, den die Palästinenser im Libanon führten, und der Haß auf die Besatzer, die den Palästinensern das Leben immer unerträglicher machten. Die Palästinenser spürten, dass sie nichts zu verlieren hatten als ihre Unterdrückung und Erniedrigung.

Im Kontext der Intifada erwachsen Israel zwei noch gefährlichere Gegner, als die PLO es jemals gewesen ist, und zwar die Hamas (Bewegung Islamischer Widerstand) und der Islamische Heilige Krieg. Israel hatte die Hamas als Gegengewicht zur PLO im Gaza-Streifen nicht nur geduldet, sondern ihr Entstehen ideell und materiell gefördert; dass es damit den Teufel mit Beelzebub austreiben wollte, erkannte Israel erst, als es bereits zu spät war. Die Erfolge der Islamisten sind die Quittung für das politische, wirtschaftliche und moralische Versagen der alten Eliten.

Von den revolutionären Veränderungen im Jahr 1989 ff. blieb auch der Nahe Osten nicht unberührt. Die Palästinenser unter Arafats Führung begriffen dies nicht sofort und setzten im Zweiten Golfkrieg in Verkennung der machtpolitischen Verhältnisse auf den Diktator Saddam Hussein. Als die Palästinenser die von Bagdad auf Israel abgeschossenen Scud-Raketen bejubelten, wurde das Misstrauen ihnen gegenüber noch größer. Für die PLO und die Palästinenser in den arabischen Staaten bedeutete die Niederlage Saddam Husseins ebenfalls einen herben Rückschlag. 350.000 von ihnen wurden aus Kuwait, Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten ausgewiesen. Diese Länder stellten ihre Zahlungen an Arafat ein, was fast zum finanziellen Ruin der Organisation führte. Arafats Organisation war politisch, wirtschaftlich und moralisch am Ende. Die Niederlage Saddam Husseins hatte in westlichen diplomatischen Kreisen die Hoffnung genährt, auch der Nahe Osten ließe sich neu ordnen. Insbesondere der amerikanische Präsident George Bush sprach von einer „Neuen Weltordnung“ und meinte damit die alleinige amerikanische Dominanz bzw. Hegemonie. Trotz erheblichen Widerstandes der israelischen Regierung gelang es den amerikanischen Diplomaten, eine Friedenskonferenz in Madrid zu organisieren.

3. Der „Friedensprozess“ von Oslo

Die „Friedenskonferenz“ von Madrid führte unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion am 31. Oktober und 1. November 1991 erstmalig die Delegationen Israels, Syriens, des Libanons und Jordaniens, der auch Palästinenser aus der Westbank und

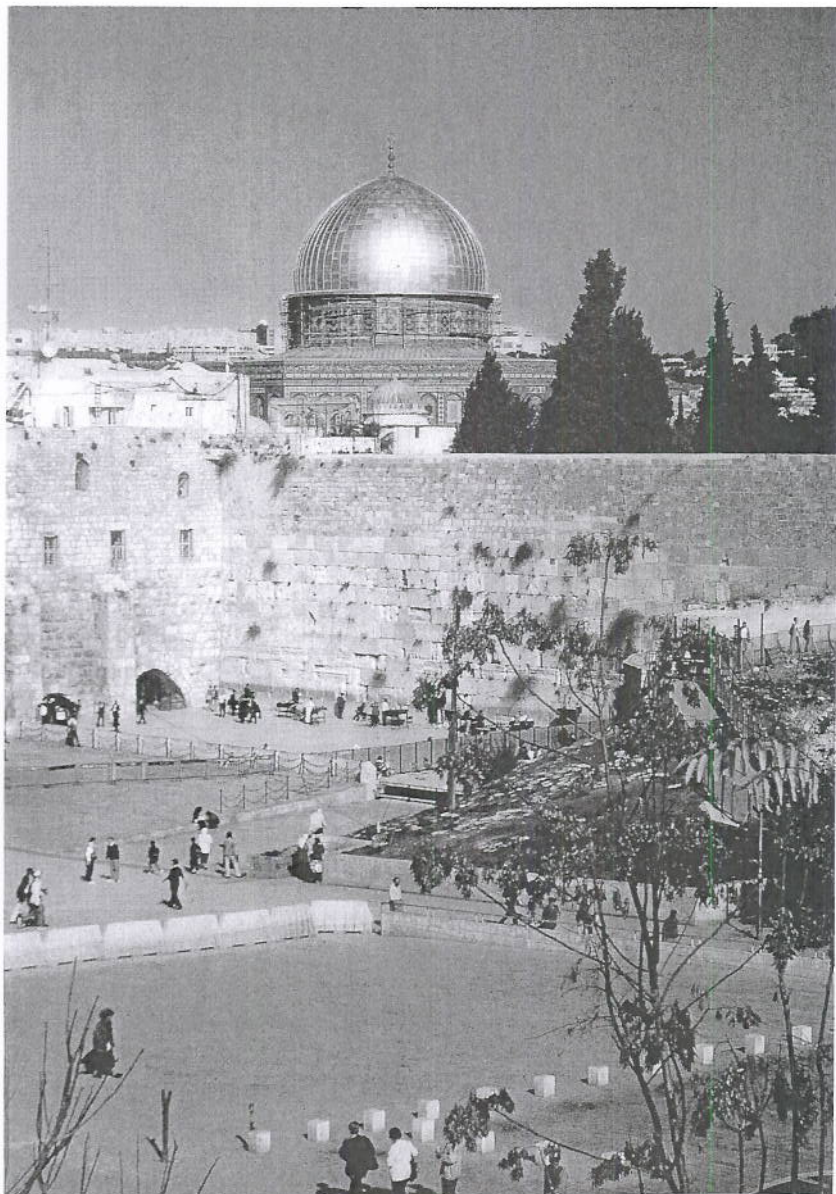
dem Gaza-Streifen angehörten, zusammen. Angestrebtes Ziel war die Beilegung des Konfliktes. Das eigentliche Ziel der USA war nicht die Herstellung normaler Beziehungen, in denen Israel nur ein Staat unter anderen sein sollte, vielmehr sollte dieser Staat aufgrund seiner stärkeren ökonomischen Basis eine hegemoniale Rolle in der Region spielen. Neben den gehaltvollen Reden verhandelte man 13 mal in Washington, aber ohne jeden Erfolg. Erst mit der Wahl Yitzhak Rabins 1992 kam wirklich Bewegung in den Nahen Osten.

Der „Friedensprozess“ zwischen Israel und den Palästinensern zielte niemals auf einen dauerhaften Frieden ab, sondern hatte nur die Fortsetzung der israelischen Okkupation auf völkerrechtlicher Grundlage zum Ziel. Dieser Prozess wäre ein Erfolg geworden, wenn Israel ihn in guter Absicht betrieben hätte. Aber alle israelischen Regierungen haben in dieser Zeit die Besiedelung und Kolonisierung palästinensischen Landes vorangetrieben. Die Zahl der Siedler hat sich in acht Jahren „Friedensprozess“ verdoppelt, parallel dazu wurden die besetzten Gebiete mit einem separaten Straßensystem überzogen, das um die palästinensischen Orte herumführte; einige dieser Straßen sind nur jüdischen Israelis vorbehalten! Die Zerstückelung der besetzten Gebiete hat einen Grad erreicht, der keinen zusammenhängenden Palästinenserstaat mehr möglich macht.

Trotz Friedensprozess riss die Welle der Gewalt in Israel und Palästina nie ab. Ein besonderes Charakteristikum dieses Friedensprozesses scheint zu sein, dass sein Weg mit Gewalt und vielen Toten gepflastert ist. Entweder waren es israelische Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter oder aber Palästinenser, die den Gewaltmaßnahmen des israelischen Militärs zum Opfer fielen. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon samt seiner rechtsnationalistischen Freunde dreht sich die Spirale der Gewalt. Trotz Friedensprozess gingen auch die Menschenrechtsverletzungen seitens Israels unvermindert weiter. Die Regierung Sharon bedient sich Methoden, die man sonst nur bei totalitären, antidemokratischen Regimes vermutet. Angebliche Drahtzieher des Widerstandes werden durch das israelische Militär liquidiert. Neben Folterungen, treten Landenteignung, Häuserzerstörungen, Ausgangssperren, willkürliche Tötungen durch sogenannte „Todesschwadronen“ (verdeckte Einheiten, die sich als Araber verkleiden und

unliebsame Palästinenser liquidieren), sowie Demütigungen von Palästinensern auf allen Ebenen, hinzu. Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, dass auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der knapp siebenjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden bereits 26 Palästinenser durch die eigenen Geheimdienste zu Tode gefoltert. Einschüchterungen, Rechtlosigkeit und Willkür seiner zwölf Geheimdienste gehören zum Alltag. Das autoritäre Regime Arafats kann aber nur adäquat beurteilt werden, wenn man den Druck seitens Israels und der USA mit berücksichtigt. Beide verlangen von ihm, aggressiver gegen die Radikalen vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern.

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye River-Memorandum vom 28. Oktober 1998 wurden von der Netanyahu-Regierung unterzeichnet. Sein Nachfolger Ehud Barak unterzeichnete am 4. September 1999 das Sharm el-Sheikh Memorandum. Im Juli 2000 wollten Barak und der US-Präsident Bill Clinton



Jerusalem - Klagemauer

in Camp David Arafat einen Statusendvertrag aufzwingen, der die Palästinenser auf ewige Zeiten in Bantustans eingeschlossen hätte, ohne über eine eigene Souveränität zu verfügen.

Bevor es zur Unterzeichnung der „Prinzipienklärung“ kommen konnte, wurden Briefe ausgetauscht, in denen sich die beiden Seiten anerkannten und Arafat für seine PLO einige Verpflichtungen eingegangen ist. Die wichtigsten Punkte der Prinzipienklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV).
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Dies gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamen Interesse“ (Art. V). Nur indem man diese zentralen Fragen ausklammerte, konnte der „Friedensprozess“ so lange zum Nachteil der Palästinenser fortgesetzt werden.

Der Abschluss dieses Abkommens und die Anerkennung Israels durch die PLO führte zur Entspannung auch mit den arabischen Staaten. So schloss Jordanien mit Israel am 26. Oktober 1994 einen Friedensvertrag. Der Golf-Kooperationsrat setzte den Wirtschaftsboykott aus, und viele Staaten der Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Israel auf, darunter auch arabische. Die Palästinenser als Volk erhielten im Gegenzug aber nicht die Anerkennung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung durch Israel, sondern es wurde nur die PLO als ihre Repräsentantin anerkannt.

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen. An der tatsächlichen Besetzung im Gaza-Streifen hatte sich jedoch nichts geändert: Die Palästinenser erhielten nur 65 % des Landes, der Gaza-Streifen ist komplett eingezäunt, die Israelis kontrollieren die Ein- und Ausreise, alle Siedlungen blieben bestehen und alle Militärverordnun-

ber 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfasst die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 paläs-



gen gelten weiter. Arafat muss sie befolgen und benötigt selbst sowie seine VIPs zur Ausreise die Genehmigung Israels.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. Septem-

ber 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

In der Zone C, die macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des weiteren zieht sich zwar die israelische Militärverwaltung zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft (Westbank 1400, Gaza-Streifen 1000) und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent; und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert.

Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einem Rückzug aus Teilen Hebrons und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100.000

Palästinenser unter Arafats-Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und zirka 20 000 Palästinenser unter Israels Kontrolle bzw. direkter Okkupation wohnen.

Auch die Barak-Regierung setzte die Unterdrückung der Palästinenser fort. Von den 42 wild errichteten Siedlungen in der Endphase der Netanyahu-Regierung blieben bis auf vier alle erhalten. Seine Regierung erteilte mehr Baugenehmigungen in den Siedlungen als die Vorgängerregierung. Der Westen sah in Barak einen „Liberalen“, und man erhoffte sich von ihm die Fortsetzung des „Friedensprozesses“. Nicht nur dass er die Unterdrückung der Palästinenser fortsetzte, sondern er trug durch seinen Zick-Zack-Kurs noch zur Verschärfung der Lage bei: Mit seiner Genehmigung konnte Ariel Sharon am 28. September 2000 in Begleitung von über 1 000 Polizisten den Haram al-Sharif (Tempelberg) begehen. Dieser „Besuch“ der für die Palästinenser eine reine Provokation darstellte, löste einen Tag später die Al-Aqsa- oder Unabhängigkeitsintifada aus, die bis heute andauert. Sie ist eine antikolonialistische Revolte. Seit diesem Zeitpunkt führt Israel einen brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk mit Billigung der USA und der Europäischen Union. Jeglicher Widerstand gegen das israelische Besatzungsregime wird als „Terrorismus“ diffamiert, obwohl nach Meinung des Soziologieprofessors Baruch Kimmerling nach Völkerrecht und gemäß Naturrecht jedes Volk ein legitimes Widerstandsrecht hat, insbesondere gegen eine nun schon 35-jährige Militärbesatzung.

Seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon herrscht in Israel und Palästina die nackte Gewalt. Sharon steht nicht für Frie-

den, sondern für Abenteuerlust und Fortsetzung der israelischen Expansion. Er ist derjenige, der bis heute seine Siedlungspläne verteidigt und nicht bereit ist, auch nur eine Siedlung zu räumen, da sie eine „zionistische Bedeutung“ haben, wie er in einem Interview in Ha'aretz vom 12. April 2001 deutlich gemacht hat. Für Sharon ist Arafat kein Verhandlungspartner mehr. Er würde ihn am liebsten deportieren oder töten, aber noch hat ihm George W. Bush dafür noch nicht grünes Licht gegeben.

Gibt es aus dieser verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Ja: die Kompromissbereitschaft Israels, die Umsetzung des Völkerrechts und die Einhaltung der Verträge. Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung „gerechter Friede“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat – und nicht eines Bantustans –, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des „demographischen Krieges“ und der „stillen Deportation“ gegen die Bewohner Ost-Jerusalems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser. Alle bisherigen Maßnahmen wie Siedlungsbau, Annexion der Golan-Höhen und Ost-Jerusalems sind völkerrechtlich null und nichtig. Nicht durch den „Friedensprozess“, sondern nur durch die Umsetzung des Völkerrechts lässt sich der Teufelskreis von Terror und Gegenterror durchbrechen.